

„Parteipolitisches Kompromisspapier“

Die 22 staatlichen Unis bekommen für 2013 bis 2015 7,4 Milliarden Euro – und sie sagen Ja dazu. Ein klares Nein kommt von den Rektoren zum Gesetzesentwurf für eine Studienplatzfinanzierung. Er genüge vielleicht politischen Kriterien, für die Universitäten sei er fatal.

Lisa Nimmervoll

Wien – Es stand sogar eine Blockadedrohung der Rektoren im Raum. Aber rechtzeitig vor Weihnachten einigten sich Wissenschaftsministerium und Rektoren zumindest über die Leistungsvereinbarungen, die die Uni-Budgets für 2013 bis 2015 fixieren. Alle 22 öffentlichen Universitäten (inklusive Donau-Uni Krems) haben ihren Vertrag unterzeichnet. Die Unis erhalten zum bisherigen Budget der Periode 2010 bis 2012 von rund 6,5 Milliarden Euro die Mittel aus der „Hochschulmilliarde“, insgesamt rund 7,4 Milliarden Euro. Mit den Geldern für Uni-Bauten, klinischen Mehraufwand für Medizin-Unis und Ersatz für Studiengebühren fließen somit an die neun Milliarden in die Unis.

Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle (ÖVP) sprach am Donnerstag von einer „gewaltigen Steigerung“, die Unis bekämen im Schnitt 14 Prozent mehr (für die drei Jahre) als 2010 bis 2012.

Laut dem Vorsitzenden der Universitätenkonferenz, Rektor Heinrich Schmidinger (Uni Salzburg), ist die Verteilung zwischen den Unis in etwa gleich geblieben. Nur die zusätzliche Hochschulmilliarde habe „das Aus für die eine oder andere Uni“ verhindert, dennoch bleibe: „Die Unis haben nach wie vor großen Aufholbedarf.“

„Katastrofürlich“

Der Rektor der WU Wien, Christoph Badelt, bekommt 6,7 Millionen Euro zusätzlich für die nächsten drei Jahre: „Die Situation wird sich daher verbessern“, aber: „Die Verbesserung der Betreuungsrelationen ist eine optische Sache, sie werden weiterhin schlecht sein“, sagte er zur Austria Presseagentur. Nicht nur wegen Geldmangels, sondern auch wegen fehlender Zugangsbeschränkungen für Master-Studien. Darum sei die Situation jetzt nur „etwas weniger katastrofürlich“, kritisiert Badelt.

Das, was Uniko-Chef Schmidinger namens der Rektoren grundsätzlich als „Etikettenschwundel“ ablehnte, den Gesetzesentwurf für den Testlauf zur Studienplatzfinanzierung für fünf besonders

überlaufene Studienfelder (Architektur, Biologie, Informatik, Pharmazie, Wirtschaftswissenschaften) bzw. 19 Fächer, nennt Badelt „absurd“. Die begrenzte Zahl an Studienplätzen, die bei einer größeren Zahl an Bewerbern per Aufnahmeverfahren vergeben werden können, sei nämlich weit höher, als die Kapazitäten der Unis erlauben würden. Die WU müsse „nach wie vor absurd hohe Dropout-Quoten produzieren“.

Schmidinger sprach von einem „parteilichem Kompromisspapier“. Die Zahl der Studierenden werde nicht an tatsächlichen Kapazitäten der Unis errechnet, sondern an der Zahl der Inskriptionen im Jahr 2011: „Und man sagt die Zahl darf nicht sinken.“ Das geplante Gesetz basiere also auf „politischen Kategorien“, die auch daraus resultierten, dass die SPÖ im Grunde eine Platzbeschränkung nicht wolle.

Töchterle wies die Rektorenkritik als unberechtigt zurück: „Da ist überhaupt kein Schwindel drin.“ Es gebe aber auch „politische Rahmenbedingungen, die nicht zu ändern sind.“ Um akzeptable Betreuungsrelationen zu schaffen, brauche man sicher zehn Jahre.

Kommentar Seite 32

Interview mit neuer ÖVP-Bildungssprecherin Christine Marek derStandard.at/Bildung



Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle und der Vorsitzende der Universitätenkonferenz, Heinrich Schmidinger (vorn). Foto: APA

Fischer weist „ungerechte Kritik“ am Bundesheer zurück

Wien – Bundespräsident Heinz Fischer nutzte seinen Tagesbefehl zum Jahreswechsel für deutliche Worte in der Bundesheer-Debatte: Fischer strich in seiner Botschaft an die Soldaten am Donnerstag die „umfassenden und professionellen Fähigkeiten“ der Streitkräfte hervor. „Ungerechte Kritik“ am Heer wies er „mit aller Entschiedenheit zurück“. Reformen werde es aber jedenfalls geben müssen, egal, wie die Volksbefragung zur Wehrpflicht ausgeht.

Der Oberbefehlshaber dankte den Soldaten und Soldatinnen „für ihre gewissenhafte und professionelle Leistung“ im In- und Ausland. Als Beispiele nannte er den Assistenzeinsatz nach Unterwetter in der Steiermark ebenso wie die Auslandseinsätze. Letztere stellten einen „wesentlichen Beitrag dar, das Ansehen unserer Heimat international zu steigern und zu festigen“.

2013 sei jedenfalls ein „Schlüsseljahr“ fürs Bundesheer. Fischer wünscht sich eine „klare Entscheidung“ bei der Volksbefragung. Er ist bekanntlich ein Befürworter der Wehrpflicht, will aber keine explizite Stimmempfehlung abgeben.

Die FPÖ hat am Donnerstag ihre offizielle Empfehlung für die Bundesheer-Volksbefragung im Jänner abgegeben: Parteichef Heinz-Christian Strache riet zu einem Votum für die Beibehaltung der Wehrpflicht. Nur so könne die Neutralität Österreichs sichergestellt werden, auch der Erhalt des Zivildienstes ist dem FPÖ-Chef ein Anliegen. (APA, red)

Mensdorff-Prozess: „Suche vertrauenswürdigen Mann“

Nach vier Verhandlungstagen schärft sich das Profil der Beteiligten: Loyal, ohne Fragen zu stellen

Katharina Mittelstaedt

Wien – Mehrere hunderttausend Euro hat Alexander F. in Kuverts aus der Schweiz in das Wiener Büro Mensdorffs überbracht – nie sei auch nur ein einziger Schein nachgezählt worden. Nach vier Verhandlungstagen im Geldwäscheprozess gegen Alfons Mensdorff-Pouilly wird deutlich, seine Zu- und Mitarbeiter wie auch die Angeklagten selbst teilen eine Eigenschaft, die für große Finanzgeschäfte unerlässlich scheint:

unhinterfragte Loyalität gegenüber dem Auftraggeber.

Anhand des am Donnerstag als Zeugen geladenen F. zeigt sich das in zweifacher Hinsicht. Der pensionierte Vermögensberater sollte im Jahr 2001 seinem Freund Mensdorff einen „Finanzexperten“ vermitteln. Das Profil: „Sein Know-how in der Finanzbranche wurde nicht definiert.“ Er sollte ein „vertrauenswürdiger Mann“ sein. Der Zweitangeklagte Kurt D., der sich am Mittwoch entschlug, weil er den Aussagen Mensdorffs

nichts hinzuzufügen hat, bekam damals den Job.

F. selbst erledigte 27 Botendienste für Mensdorff. Insgesamt hat er mehrere Millionen Euro überbracht. Warum Mensdorff sein Geld nicht selbst abgeholt hat? „Ich weiß nicht, warum ich zwischengeschaltet wurde.“ Er habe die „Freundschaftsdienste“ nie hinterfragt.

Am Dienstag wurde Mensdorff nach der Qualifikation der Geschäftsführerin seiner Firma MPA Wien gefragt. Die Antwort: „Ich

konnte mich auf sie verlassen.“ Die seiner Geschäftsführerin in Prag? „Anständig, loyal.“

Mensdorff bekam Teile seines Honorars vom Rüstungskonzern BAE nicht direkt, sondern über Valurex, die Firma seines Mentors Timothy Landon überwiesen – der habe das so eingefädelt, Mensdorff ihm blind vertraut.

Waffenexperten sagen, die erschütterliche Loyalität zwischen den Akteuren sei der Grund, warum zwielichtige Deals fast nie auffliegen.

Kirchen-Gegner haben genug Unterstützer für ihr Volksbegehren

Wien – Das Kirchenvolksbegehren kommt: Die Initiatoren haben ausreichend Unterstützungserklärungen gesammelt. Am 31. Dezember sollen diese im Innenministerium eingereicht werden, hieß es am Donnerstag seitens der „Initiative gegen Kirchenprivilegien“. Wunschtermin wäre für das Volksbegehren „kurz vor Ostern“. Mehrere Plattformen, darunter „Betroffene kirchlicher Gewalt“ oder der Freidenkerbund Österreich, haben sich zu dieser Initiative gegen Kirchenprivilegien zusammengeschlossen. Ziel ist es etwa, das Konkordat auszuhebeln, um so eine „klare Trennung von Kirche und Staat“ zu erreichen. Verlangt wird auch die Streichung von gewissen Subventionen für Religionsgemeinschaften. Für die Einreichung des Volksbegehrens waren 8032 Unterstützungserklärungen notwendig – derzeit liegt man schon bei 8220. (APA, pm)

Kommentar Seite 32

Ärger über rot-schwarzes Demokratiepaket

„MeinOE“-Mit-Initiator Busek: „Absolut lächerlich“ – Auch Opposition zürnt

Nina Weißensteiner

Wien – Proponenten des Demokratie-Volksbegehrens zerpflücken das rot-schwarze Demokratiepaket, das die Klubobleute Josef Cap und Karlheinz Kopf kurz vor Weihnachten vorgelegt haben. Erhard Busek (ÖVP), Ex-Vizekanzler und „MeinOE“-Mitbegründer, zum STANDARD: „Es war absehbar, dass die Regierungsfractionen jetzt noch schnell etwas vorschlagen, um zu versuchen, uns damit zu unterlaufen.“ Aber, so Buseks Befund: „Sie versuchen nur den Eindruck zu erzeugen, dass sie etwas tun – und dabei gewinnt man den Eindruck, dass die Akteure nicht einmal kapieren, worum es hier eigentlich geht.“

Konkret stößt sich Busek daran, was Cap und Kopf als „Ausbau des Persönlichkeitswahlrechts“ vorgelegt haben: Zwar sollen die Wähler ab der nächsten Nationalratswahl auch auf Bundesebene

Vorzugsstimmen vergeben dürfen und auf Landes- und Regionalebene die Schwellen für das Umkehren von Listenplätzen gesenkt werden – für Busek sind diese Neuerungen aber „lächerlich“, denn: Mehr Transparenz bei den Listenerstellungen sowie eine Erleichterung für jene, die sich als Kandidaten aufstellen lassen möchten, gäbe es wieder nicht. Busek: „Alles soll also weiterhin von den Parteivorständen im Geheimen abgesegnet werden.“

Für ihn aber „absolut lächerlich“: Die neue Bürgeranfrage, im Rahmen derer Staatsbürger Fragen an Minister stellen können, die dann im Parlament beantwortet werden. Voraussetzung dafür: 10.000 Wahlberechtigte müssen eine Frage unterstützen. Ex-Regierungsmitglied Busek dazu: „Das sind Verhinderungsmechanismen. Als Minister gilt es als Selbstverständlichkeit, Fragen der Bürger zu beantworten.“ Es

gäbe sogar eine rechtliche Regelung dafür. Buseks trockene Conclusio: „Das Einzige, was ich begrüße, ist, dass sich jetzt einmal irgendwas bewegt.“

Ihre Unzufriedenheit äußerte auch die Opposition, mit der Cap und Kopf noch verhandeln wollen, damit das Demokratiepaket am 30. Jänner vom Nationalrat verabschiedet wird. Für FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache ist die Aufwertung von Volksbegehren eine „rein kosmetische Operation“, weil diese nun doch nicht ab einer gewissen Unterstützterzahl zu einer Volksabstimmung führen sollen. Ähnlich sehen das auch die Grünen, das BZÖ sowie das Team Stronach.

„MeinOE“-Initiator Johannes Voggenhuber grimmig, in Anspielung auf die Eintragungswoche im April: „SPÖ und ÖVP haben uns ein Weihnachtspaket beschert, dafür legen wir ihnen zu Ostern ein Ei.“ **Kommentar der anderen Seite 31**

KURZ GEMELDET

Regierung bietet Lehrern „marginale“ Änderungen

Wien – Die Regierung will der Lehrgewerkschaft 2013 „marginale“, aber doch vorhandene Änderungen in ihren Vorschlägen für die Lehrerdienstrechtsreform unterbreiten. „Wir erwarten uns dann selbstverständlich eine große Bewegung von der Gewerkschaft“, fordert Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ): „Denn so kann's auch nicht weitergehen, dass man nur fordert und der Arbeitgeberseite keinen Schritt entgegenkommt.“ (APA)

Strasser-Prozess verzögert sich wegen Zeugen

Wien – Der Prozess gegen den Ex-Innenminister Ernst Strasser wird nicht wie geplant am 11. Jänner zu Ende gehen. Die Videokonferenz mit den britischen Journalisten, die Strasser die Zusage zur entgeltlichen politischen Einflussnahme entlockt haben, verschiebt sich. Nun soll das Verfahren am 14. Jänner in erster Instanz abgeschlossen werden. (APA)